Protokoll.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 9. Oktober. — Vormittags-Sitzung.

Schon lange vor der festgesetzten Eröffnungsstunde — 9 Uhr Vormittags — strömen die Delegirten, Gäste und Zuschauer in den mit Fahnen, Guirlanden, Wappenschildern, Devisen festlich geschmückten Saal. Zu Seiten der roth drapirten Bühne befinden sich auf rothen Fahnen die Inschriften: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch" und „Die Arbeiter sind der Fels, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll". Die Wappen versinnbildlichen die 14 bisherigen Parteitage: Gotha, Wyden, Kopenhagen, St. Gallen, Halle, Erfurt, Berlin, Köln, Frankfurt a. M., Breslau, Gotha, Hamburg, Stuttgart und Hannover.

Männergesang leitet die Sitzung ein.

Um 9 Uhr 20 Min. eröffnet

Singer die Verhandlungen mit folgender Ansprache: Der Parteitag tritt zusammen auf parteihistorischem Boden, und wenn auch Meister gestern bescheiden genug gewesen ist, die Dienste, die die hannoverschen Parteigenossen der Partei stets geleistet haben, in den Hintergrund zu stellen, so wissen wir doch Alle, was die Genossen Hannovers gewesen sind. Die Tage des Sozialistengesetzes, in denen sie treu, tapfer und selbstlos für die Partei gearbeitet haben, sie werden aus der Erinnerung der Partei nicht ausgelöscht werden.

Der diesmalige Parteitag, der zehnte seit dem Falle des Sozialistengesetzes, tritt zusammen an der Neige des Jahrhunderts, welches die ökonomische und politische Macht der Bourgeoisie zur Entfaltung gebracht hat, eines Jahrhunderts, welches aber auch zugleich die Lebens-, Kampfes- und Siegesbedingungen für das Proletariat, für die Klasse der zielbewußten Arbeiterschaft, geschaffen hat, eines Jahrhunderts, dessen Nachfolger nach dem Ausspruch eines bürgerlichen Politikers, des Engländers Gladstone, dem Sozialismus gehören wird.

Die Fragen, welche dieser Parteitag zur Entscheidung zu bringen hat, sind wichtig, sie werden bedeutungsvoll für die Partei sein. Aber diese Fragen werden gelöst werden in dem Sinne, daß der Parteitag, treu seiner Vergangenheit, treu der sozialdemokratischen Ueberzeugung, einzig und allein die Interessen der Arbeiterklasse sich zur Richtschnur nehmen wird. Die höchste Instanz der Partei, der Parteitag, wird die Marschroute abstecken für die weitere Thätigkeit der Partei. Neben den durch die Geschäfte der Partei bedingten Verhandlungen werden wir Fragen diskutiren, die ja bereits seit längerer Zeit in Versammlungen und in der Presse zu Aeußerungen geführt haben. Ich weiß, daß die Partei in ihren Vertretern sich auch auf diesem Parteitag ihrer weltgeschichtlichen Mission bewußt bleiben wird, so daß wir in Anwendung aller gebotenen Mittel klassen- und zielbewußt weiter schreiten auf dem Vormarsch zu dem großen Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Doppeljoch der politischen Rechtlosigkeit und ökonomischen Unterdrückung. Der Parteitag wird sich der Höhe seiner Aufgaben, des Ernstes der Situation, der Fülle seiner Verantwortlichkeit bewußt sein; er wird seine

Entscheidungen so treffen, daß wir auseinandergehen können mit dem Bewußtsein, daß dieser Parteitag aufs neue befestigt hat: das unverrückbare Streben nach dem großen Ziel, dem die Sozialdemokratie sich zugeschworen hat. In diesem Sinne lassen Sie uns unsere Arbeiten beginnen und unsere Aufgaben lösen. Auf diesen Saal sind die Blicke von Freund und Feind gerichtet, die Blicke der Feinde in der Hoffnung, daß wir unsere Geschlossenheit und Einigkeit preisgeben werden, die Blicke der Freunde aber in der absoluten Sicherheit, daß aus unseren Verhandlungen nichts weiter hervorgehen wird als eine Kräftigung und Stärkung der Partei, sowie die Befestigung der geltenden Parteigrundsätze. In diesem Sinne zu arbeiten soll unser Bestreben sein. (Lebhafter Beifall.)

Indem ich nunmehr den Parteitag namens der Parteileitung für eröffnet erkläre, bitte ich um Vorschläge zur **Konstituirung des Bureaus.**

Auf Vorschlag von Hoffmann-Bielefeld werden zu Vorsitzenden des Parteitages **Singer**-Berlin und **Blume**-Hamburg gewählt.

Zu **Schriftführern** werden bestimmt: Müller-Darmstadt, Sydow-Frankfurt a. O., Schütz-Breslau, Fischer-Dresden, Lesche-Altona, Müller-Bochum, Knappe-Stettin, Böhle-Straßburg und Frau Zietz-Hamburg.

Ferner wird eine **Mandats-Prüfungskommission** eingesetzt, zu der folgende Genossen vorgeschlagen und gewählt werden: Brey-Hannover, Brühne-Frankfurt a. M., Eichhorn-Dresden, Segitz-Nürnberg, Tauscher-Stuttgart, Stolpe-Grünberg, Stubbe-Hamburg, Kahl-Duisburg, Lipinski-Leipzig.

Die Arbeitszeit wird wie üblich auf die Zeit von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr festgesetzt. Die Geschäftsordnung wird nach dem Entwurf genehmigt.

Es wird sodann zur **Feststellung der Tagesordnung** geschritten. Die hierzu gestellten Anträge 1—3 finden ausreichende Unterstützung, dagegen nicht der Antrag 4.

Der Antrag 1, den Täterow-Berlin begründet, wird angenommen. Weiter wird auf Befürwortung von Schoenlank beschlossen, die Verhandlung über die Zuchthausvorlage hinter die Punkte 6 und 7 der provisorischen Tagesordnung zu setzen.

Hoppe-Rixdorf begründet den Antrag 3. Bei der kurzen Redezeit erfordert die Wichtigkeit der Frage einen Korreferenten.

Bebel: Die Frage, einen Korreferenten zu bestellen, hängt davon ab, ob die Antragsteller einen bestimmten Vorschlag machen können. Sind sie dazu in der Lage, dann müssen wir den Korreferenten ernennen, wenn auch nur eine Minderheit es verlangt. Aber als wir in der Parteileitung im Sommer die Tagesordnung des Parteitages feststellten, war niemand in der Lage, eine Persönlichkeit für das Korreferat vorzuschlagen. Wir kamen daher zu dem Entschlusse, wie es bereits bei früheren ähnlichen Anlässen geschehen ist, die Aufhebung der Geschäftsordnung bezüglich der Redezeit für diese Verhandlungen vorzuschlagen, so daß unter allen Umständen eine des Gegenstandes würdige Debatte erfolgen wird.

Hierauf werden die Anträge betreffend das Korreferat abgelehnt.

Als Punkt 9 der Tagesordnung wird auf Vorschlag Singers der nächste internationale Kongreß gesetzt und das Referat hierüber Liebknecht übertragen. Im weiteren wird der Entwurf der Tagesordnung nicht geändert.

Singer: Ich habe die freudige Pflicht, die Delegierten von Bruderparteien herzlich willkommen zu heißen. (Beifall.) Wir haben die Freude, unter uns zu sehen Dr. Adler aus Oesterreich, Vliegen, Hermans und Kanter aus Holland, Lindblatt aus Stockholm, Rüsperli-Zürich und Dietzgen aus Chicago. Sie wissen, mit welch' regem Interesse und welch brüderlicher Sympathie die deutsche Sozialdemokratie die Thätigkeit unserer Genossen im Auslande

verfolgt. Sie wissen — ich darf es ohne Ueberhebung sagen —, daß die deutsche Sozialdemokratie es nie an der Erfüllung der Pflichten, die die internationale Solidarität ihr auferlegt, hat fehlen lassen. Wenn es aber etwas giebt, was die deutsche Sozialdemokratie mit besonderer Freude und gerechtem Stolz erfüllt, dann ist es die Thatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie vorbildlich sein konnte für die Bruderparteien des Auslandes, wobei ich das Wort „Ausland", wie Sie wissen, nicht in dem üblichen „nationalen" Sinne gebrauche. Mit ebenso großer Freude darf ich es aussprechen, daß die Zeit, in der man mit einem gewissen Rechte sagen konnte, daß unsere Bruderparteien aus der Arbeit der deutschen Sozialdemokratie Nahrung und Stoff für ihre eigene Thätigkeit ziehen mußten, glücklich vorüber ist. Unsere Bruderparteien haben in den letzten Jahren bewiesen, daß sie es verstanden haben, den sozialdemokratischen Bestrebungen auch in ihren eigenen Ländern Nachdruck und Erfolge zu verschaffen, und zu diesen Erfolgen beglückwünsche ich sie namens des Parteitages (Beifall). Wir hoffen, daß Sie mit sich nehmen die Ueberzeugung, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor Schulter an Schulter mit dem internationalen Proletariat kämpfen und, wie ich zuversichtlich sage, zum Siege gelangen wird. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Adler (Wien): Namens der österreichischen Sozialdemokratie begrüße ich Sie aufs herzlichste. Wir in Oesterreich haben eine schwere Arbeit, und wenn unser Weg auch derselbe ist, wie in anderen Ländern, so sind die Zwischenfälle, die sich auf dem Wege ereignen, und die Gegenden, durch die unser Weg führt, sehr verschieden. Die österreichische Sozialdemokratie ist eine verhältnißmäßig junge Partei, aber trotzdem können Sie sich im Auslande von den heftigen und verwickelten Kämpfen, die wir durchzumachen hatten, kaum einen Begriff machen. Wir haben in Oesterreich Aufgaben zu lösen, die an Sie überhaupt nicht herantreten. Uns ist es gelungen, eine internationale Sozialdemokratie nicht nur zu organisiren, sondern auch in den allerschwersten Zeiten des Nationalitätenkampfes geeinigt zusammenzuhalten, und zu derselben Zeit, wo das deutsche und czechische Bürgerthum sich zerfleischten, die deutschen und czechischen Arbeiter als eine geschlossene Partei ihren Gegnern gegenüber zu führen. In der Lösung dieser Aufgabe steckt ein hohes Maaß von Arbeit; es ist dies aber zugleich ein Beweis dafür, daß das proletarische Gesammtinteresse stärker ist als alle Unterschiede, die zwischen den arbeitenden Gruppen bestehen mögen, stärker als jede Interessensolidarität, die existieren mag zwischen der Arbeiterklasse und anderen Klassen derselben Nation. (Sehr wahr!) Glauben Sie nicht etwa, daß in einem Lande, wie Oesterreich, das von Krisen durchschüttelt wird, deren letzte wir jeden Moment erwarten möchten, sich keine Verbindungen schaffen zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse! Vergessen Sie nicht, daß die Bourgeoisie bei uns mit aller Macht die Arbeiter in ihren Kampf hineinziehen möchte, in Oesterreich noch viel mehr als in anderen Ländern, weil in Folge der Rückständigkeit unserer ökonomischen Entwickelung der Klassenkampf noch nicht so scharf und ausgeprägt ist, wie bei Ihnen. Trotzdem fort und fort daran gearbeitet wird, die Arbeiter im Schlepptau der bürgerlichen Parteien zu erhalten, und trotzdem der mächtigste Faktor hier mitspielt, der nationale Faktor, von dessen Wucht und Intensität Sie in Deutschland niemals einen Begriff erhalten können; trotzdem ist das slavische und deutsche Proletariat geeinigt. Ich habe Sie also zu begrüßen nicht allein im Namen der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich, sondern auch im Namen der czechischen, polnischen, ruthenischen, slovenischen und italienischen Genossen. (Beifall.) Daß dem so ist, das ist nicht allein unser Verdienst, sondern vor allem auch das Verdienst der deutschen Sozialdemokraten. Daß in Oesterreich die fremdsprachigen Sozialdemokraten zu uns stehen, ist das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, die von jeher ihren internationalen Pflichten in vollstem Umfange genügt hat. Ich hoffe, daß wir

für alle Zukunft so wie bisher in der deutschen Sozialdemokratie unseren Wegweiser sehen. In diesem Sinne erlaube ich mir, Ihren Verhandlungen beizuwohnen und Sie auf das herzlichste zu begrüßen. (Lebhafter Beifall.)

Vliegen (Holland): Ich komme aus einem Lande, wo die Sozialdemokratie jünger ist als sonst in Westeuropa. Sie wissen, daß unsere Bewegung im Jahre 1892/93 im Anarchismus verlaufen ist, wir mußten von Neuem organisiren und agitiren, wir mußten den Anarchismus erst zertrümmern, um uns den Weg zu bahnen. Heute haben wir diese Aufgabe erfüllt, wir haben den Anarchismus in unserem Lande überwunden und unsern Platz erobert zwischen den anderen Parteien. 1897 haben wir sofort Mandate im Wahlkampf erobert, unsere Stimme wird im Parlament gehört, wir werden von Jahr zu Jahr stärker, und es ist jetzt schon so weit, daß die bürgerlichen Parteien erzittern, wenn einer ihrer Angehörigen erkrankt, weil sie fürchten, daß das vakante Mandat uns zufällt. Es nützt der Regierung nichts, daß sie sich eine Regierung der sozialen Gerechtigkeit nennt, es nützt unseren Liberalen nichts, daß sie sich gegen Sozialreformen nicht sträuben — ein guter Holländer sträubt sich überhaupt nie Heiterkeit) —, denn sie studieren und studieren daran, daß man nichts von Thaten merkt. So kommen denn die Arbeiter in immer größeren Schaaren zu uns und die niederländische Arbeiterklasse hat bei verschiedenen Anlässen gezeigt, wie stark der sozialdemokratische Wind bei uns jetzt weht. Ist es ihm doch zu danken, daß bei der dänischen Aussperrung aus unserem Lande ganz besonders große Geldsendungen gegangen sind. Mit politischen Reformen geht es in unserem „demokratisch" regierten Lande ebenso langsam wie mit ökonomischen. Auch bei uns kann nur die Arbeiterklasse etwas schaffen. Wir folgen mit Freuden Ihrem Vorbilde, Ihrer Thätigkeit. Mit besonderer Freude begrüße ich Sie, da ich Ihnen von uns Gutes berichten kann. Wir werden vorwärts schreiten, wie Sie vorwärts geschritten sind, und wir werden gemeinsam zum Siege gelangen, im Interesse der internationalen Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Lindblatt-Stockholm: Ich überbringe Ihnen die Grüße der schwedischen Sozialdemokratie. Auch bei uns schreitet das Verständniß, das Klassenbewußtsein der Arbeiter mit Riesenschritten vorwärts. Auch bei uns ist es unter Verfolgungen geschehen, die nur unsere Arbeit gestärkt haben. Bei uns wurde ein Zuchthausgesetz gemacht gegen die bereits vorher politisch entrechteten Arbeiter, die man nun auch wirthschaftlich entrechten will. Aber wir rüsten uns, unsere politschen Rechte, das Wahlrecht zu erobern. Die wirthschaftlichen Organisationen festigen sich immer mehr; statt 9000 Parteimitgliedern im Jahre 1894 haben wir jetzt 33000 und 70000 Gewerkschaftsmitglieder. (Bravo!) Von dem deutschen Parteitage erwarten wir eine Förderung der deutschen Arbeiterbewegung und damit auch der internationalen Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Dietzgen-Chicago: Als stiller Zuhörer Ihren Verhandlungen zu folgen bin ich hierher gekommen. Ueber unsere Verhältnisse in den Vereinigten Staaten zu sprechen ist keine Annehmlichkeit. Aber ich bringe ihnen die Grüße der beiden sozialistischen Parteien unseres Landes, ich thue es für beide Parteien, da ich Mitglied der einen bin und meine hier auch anwesende Frau Mitglied der anderen (Große Heiterkeit). Ich dachte mir, daß das Ihnen sonderbar vorkommen würde, und wir wären auch längst geschiedene Leute (große Heiterkeit) wenn es sich um prinzipielle Differenzen handelte. Aber es sind nur taktische Differenzen, wie sie in jeder ordentlichen Vereinigung sein sollten (Heiterkeit und Beifall), wenn nur dabei nicht das Gefühl der prinzipiellen Zusammengehörigkeit verloren geht (Beifall). Einig sind beide Parteien in der Bewunderung, mit der sie Ihre Arbeit verfolgen, und in dem Wunsche, daß auf dem heutigen Parteitage weitere Grundlagen gelegt werden für eine gedeihliche Weiterentwickelung der Sozialdemokratie Deutschlands. (Stürmischer Beifall.)

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands

Singer begrüßt den schweizer Genossen Nilsperli, den Vertreter des Landesausschusses der deutschen und österreichischen Genossen in der Schweiz und des Arbeiter-Bildungsvereins „Eintracht" in Zürich mit dem Ausdruck des Dankes für das, was die schweizer Sozialdemokratie für uns geleistet hat, insbesondere für die Gastfreundschaft, die sie uns in der Zeit des Sozialistengesetzes gewährt habe.

Nilsperli-Zürich. Gestatten Sie mir, Ihnen die herzlichsten Grüße zu übermitteln und den Wunsch, daß auch dieser Parteitag dazu beitragen möge, daß die Partei geeinter und gestärkter dasteht als zuvor. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Genossen in der Schweiz werden nach wie vor ihre Schuldigkeit thun und dafür sorgen, daß die jungen Arbeiter, die aus Deutschland und Oesterreich mit grünem Gefieder in die Schweiz kommen, sie mit rothem Gefieder wieder verlassen. (Bravo!)

Der Parteitag tritt nunmehr **in die Tagesordnung ein: Geschäftsbericht des Vorstandes.**

Singer: Ich werde, wie in den Vorjahren, den Bericht in einzelne Abtheilungen eingetheilt, diskutiren lassen und zwar in die Gruppen geordnet: Allgemeines, Kassenbericht, Sonstige Bemerkungen. Unter die Gruppe „Allgemeines" fallen die Anträge 87 und 88.

Ich stelle die Unterstützungsfrage. —

Die Unterstützung reicht aus; die beiden Anträge stehen mit zur Diskussion. Alle anderen Anträge, die die Taktik und die Presse betreffen, werden nach Erledigung des Berichts nach Gruppen geordnet verhandelt werden.

Das Wort hat nunmehr der Berichterstatter.

Auer: Der Bericht des Partei-Vorstandes ist rechtzeitig in unserm Zentralorgan veröffentlicht und der Lokalpresse übergeben worden, außerdem haben ihn die Delegirten erhalten. Ich bin nicht so optimistisch, anzunehmen, daß Sie alle ihn gelesen haben (Heiterkeit); aber über die wesentlichsten Theile des Berichtes werden Sie sich unterrichtet haben und daher brauche ich auf den Bericht selber jetzt nicht einzugehen und da ich anderes als was im Bericht steht, Ihnen nicht mitzutheilen habe, ist damit mein Referat erschöpft. Nur einige Bemerkungen zu den Anträgen 88 und 89, betreffend den **Löbtauer Fall.** Sie sprechen einen Tadel gegen die Parteileitung aus, wie wir ihn nicht gewöhnt sind. Besonders der zweite Antrag äußert sich scharf gegen uns. Aber wir nehmen die Sache nicht zu tragisch und soweit ich bisher mit Mitgliedern des Partei-Vorstandes gesprochen habe, kann ich schon jetzt erklären, daß wir diese Vorwürfe als zu Unrecht erhoben erachten. Der Partei-Vorstand hat ja seiner Zeit in einer Erklärung, die besonders Mißfallen erregt hat, festgestellt, daß nicht, wie ursprünglich vorausgesetzt wurde, es nur ein Versehen gewesen ist, daß die Löbtauer Verurtheilungen nicht in die Liste aufgenommen wurden. Das Mitglied des Partei-Vorstandes, das die Aufgabe hat, fortlaufend die Daten zu sammeln, hat, ehe es sich über Aufnahme oder Nichtaufnahme entschieden hat, unter den Mitgliedern des Vorstandes Umfragen gehalten und einstimmig wurde erklärt, daß nach den bisher beobachteten Grundsätzen für die Aufnahme in die Liste, trotz der Ungeheuerlichkeit des Urtheils die Aufnahme nicht erfolgen dürfe. Ich muß zugeben, daß in Bezug auf die Veröffentlichungen „Unter dem neuen Kurs" ein gewisses Schwanken sich bemerkbar macht. Es sind Verurtheilungen aufgenommen worden, die vielleicht nach der straffen Auslegung, wie wir sie beim Löbtauer Fall angewandt haben, nicht hineingehörten. Als die Neue Kurs-Liste wenige Wochen nach dem Hallenser Parteitag eingeführt wurde, da wurde als ihr Zweck erklärt, alle Verurtheilungen, die im Zusammenhang mit unseren Parteibestrebungen erfolgen, festzustellen und das mit dem Hinweise darauf motivirt, daß seitens der Scharfmacherpresse ein ungeheures Wuthgeschrei erhoben wurde über den Fall des Sozialistengesetzes und die Behauptung aufgestellt wurde, die Staatsgewalt habe jetzt gar keine Rechtsmittel mehr, dem Gesetzesmißbrauch der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Um diese Heuchelei ad absurdum zu führen, wurde beschlossen, diese Liste zu führen.

Dementsprechend ist es immer gehalten worden, dementsprechend aber konnte zweifellos dem Wunsche, daß unter dem „Neuen Kurs" alle Urtheile aufgenommen werden sollen, die als Ausfluß der Klassenjustiz zu betrachten sind, nicht Rechnung getragen werden. Ich weiß nicht, ob es dem Parteitage gelingen wird, eine Formel zu finden, um diesen Wunsch zu erfüllen. Zur Kennzeichnung der Klassenjustiz genügt es nicht, lediglich die erfolgten Verurtheilungen anzuführen, denn Klassenjustiz kann und wird sehr häufig auch bei Freisprechungen sich geltend machen. (Sehr wahr!) Die Fabrikanten, die die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung über Arbeiterschutz übertreten — und deren Zahl ist keine kleine — und die trotz dieser fortgesetzten Verstöße gegen das Gesetz sehr oft entweder freigesprochen oder nur mit ganz minimalen Strafen belegt werden — ja, ist denn diese Art der Rechtsprechung nicht auch ein Ausfluß der Klassenjustiz? Und so gehts nach allen Richtungen. Wollten wir unter der Rubrik „Neuer Kurs" die Klassenjustiz in allen ihren Wirkungen kennzeichnen, so würden wir uns damit eine Aufgabe stellen, die auch nur annähernd zu erfüllen wir einfach außer stande sind. Man hat auch von einer Tafel der Parteimärtyrer gesprochen. Auch das ist falsch. Wir müssen den Muth haben, es auszusprechen, daß in der Rubrik manche Bestrafung veröffentlicht wird, die bei etwas mehr Vorsicht, vielleicht auch bei etwas mehr Geschick sehr wohl hätte vermieden werden können. Jeden als einen Parteimärtyrer zu betrachten, der in die Liste aufgenommen werden mußte, das würde doch wohl zu weit gehen. Die Liste ist ein Merkzeichen für die Verfolgungen unserer Parteibewegung seitens der Staatsgewalt, sie ist ein Beweis für die Unrichtigkeit der Behauptung unserer Gegner, unter dem gemeinen Recht sei es nicht mehr möglich, die Missethaten, die in den Reihen der klassenbewußten Arbeiter angeblich verübt sein sollen, mit der Härte des Gesetzes zu verfolgen. Aber jeden, der da einmal mit mehr oder minder eigener Schuld hereinfällt, zu einem Märtyrer zu machen, wäre wohl nicht angebracht. Der Löbtauer Fall ist auch keineswegs der erste, der in der Liste fortgelassen wurde. Ich erinnere nur an den großen Torgelower Prozeß, wo ausständige Arbeiter sogenannte Streikbrecher überfallen haben. Auch dieser Fall ist nicht aufgenommen, und es ist auch nicht eine einzige Stimme aus der gesammten gewerkschaftlichen oder politischen Bewegung laut geworden, die sich beschwerdeführend darüber geäußert hätte. Der Partei-Vorstand hat also jedenfalls in gutem Glauben gehandelt, als er den Löbtauer Fall trotz seiner Ungeheuerlichkeit nicht in die Liste aufnahm. Nun hat man eingeworfen: Ihr habt sogar anarchistische Verurtheilungen aufgenommen! Nach meiner Meinung ist das mit Fug und Recht geschehen, wenn diese Verurtheilungen infolge einer Handlung erfolgt sind, die zur Arbeiterbewegung im weitesten Sinne gehören. Wir haben dagegen nicht aufgenommen die Verurtheilung Koschemanns zu 10 Jahren Zuchthaus, wozu er nach meiner Meinung unschuldig verurtheilt ist. (Sehr richtig!), denn die That, die ihm zur Last gelegt wird, steht mit der Arbeiterbewegung in keinem Zusammenhange. Wir wollen uns durchaus nicht frei von Schuld und Fehle sprechen. Sollte der Parteitag in der anstehenden Frage eine andere Meinung haben, so werden wir durchaus nicht böse sein, denn schon im Interesse unserer Nachfolger liegt es ja, daß wir nicht frei von Schuld und Fehle sind. Was sollen denn unsere Nachfolger anfangen, wenn wir für alle Zeit als fehlerfrei dastehen? (Heiterkeit.) Die könnten dann ja gar nicht mehr wirthschaften. Die Möglichkeit, daß auch wir Fehler machen können, bestreite ich nicht. Was ich bestreite, ist nur, daß wir in diesem Falle einen Fehler gemacht haben. Ich habe den Eindruck, als ob die ganze Geschichte viel zu breit getreten ist, und daß man sie in nutzloser Weise aufgebauscht hat. Wie ich meine Kollegen aus dem Partei-Vorstand kenne, bin ich sogar überzeugt, daß es nur einer einfachen

Postkarte bedurft hätte, die von Dresden nach Berlin geschrieben wäre, und das Meer von Tinte, welches nachher über diesen neuen skandalösen Fall von Opportunismus in der Partei verschrieben worden ist (Heiterkeit), und diese ellenlangen beschriebenen Papierstreifen wären überflüssig gewesen, es wäre sehr leicht zu einer Verständigung gekommen.

Nun noch eine Erklärung. Man war so neugierig zu fragen, welche Vorstandsmitglieder die Verantwortung dafür tragen wollen. Wir haben darauf nicht geantwortet, weil wir auf dem Standpunkt stehen: man kann mehr fragen, als man beantworten kann. (Heiterkeit.) Läßt man sich erst auf das Frage- und Antwortspiel ein, so ist überhaupt nicht fertig zu werden. Hier aber auf dem Parteitage, wo wir Rede und Antwort zu stehen haben, sehe ich keinen Grund ein, zu verhehlen, daß von den fünf Vorstandsmitgliedern vier an der ursprünglichen Beschlußfassung theilgenommen und auf die Frage, ob der Löbtauer Fall in die Rubrik gehört, sämmtlich gesagt haben, der Fall gehöre nicht hinein. Das fünfte Mitglied war abwesend.

Wenn dann noch weiter dieser Beschluß des Vorstandes als ein neuer Beweis dafür angesehen wurde, wie weit der Opportunismus in der Partei bereits Platz gegriffen habe, wie sehr das proletarisch-revolutionäre Empfinden selbst in der Parteileitung schon abgeblaßt sei, so habe ich darauf, offen gestanden, zur Zeit keine Antwort. Wir werden uns über diese Fragen ja im Laufe der Verhandlungen noch öfter unterhalten. Im Uebrigen muß es auch Opportunisten geben; wo bekämen sonst die rein „proletarisch-revolutionären" Parteitaktiker ihre Beleuchtung her? (Große Heiterkeit und Beifall.)

Gerisch erstattet den **Kassenbericht.** In dem Vorstandsbericht wird der Kassenabschluß als ein durchaus günstiger bezeichnet und ist als solcher von der Partei und der gegnerischen Presse genugsam besprochen worden. Klagelieder hätten also jetzt keinen Sinn; aber die Ziffern selbst zeigen Ihnen doch, daß auch ein weniger günstiger Kassenabschluß dem günstigen folgen kann. Von den 254 743 Mk., die Sie als Partei-Einnahmen verzeichnet finden, sind 185 767, also die größere Hälfte, verzeichnet unter „Mann im Mond", „Nordische Wasserkante", „Vorwärts Buchhandlung", „Ueberschuß der Löbtauer Sammlung" u. s. w. Die Anforderungen an die Zentralkasse können nicht mehr befriedigt werden aus den allgemeinen Einnahmen, soweit sie aus Parteibeiträgen bestehen. Wir können auf die Hilfe der großen Geschäfte nicht mehr verzichten. Aber auch die 118 975 Mk. eigentliche Einnahmen geben in ihren Bestandtheilen sehr zu denken. Sie finden eine große Masse von Parteiorten garnicht, eine Anzahl größerer Parteiorte nur mit minimalen Beiträgen in der Liste. Allerdings halten eine Reihe von Parteiorten noch die gute, alte Tradition, in jedem Monat ihre Beiträge an die Parteikasse abzuliefern oder wenigstens den entsprechenden Jahresbeitrag zu leisten, aufrecht, aber ein oberflächlicher Blick auf die Liste zeigt Ihnen, daß die Zahl dieser Orte eine sehr geringe ist. Die Zahl der Parteiorte, die regelmäßig Gelder an die Zentralkasse absenden, ist leider wieder zurückgegangen.

Um so mehr muß die Opferwilligkeit des größten Parteiortes, Berlin, anerkannt werden. Die Leistungen der Berliner Genossen sind mustergiltig und über alles Lob erhaben. (Bravo!) Hat doch Berlin ohne Vororte von den 118 975 Mk. nicht weniger als 63 274 Mk. aufgebracht, während das ganze übrige Deutschland nur 55 700 Mk. aufbrachte. Berlin hat also 8000 Mk. mehr als das gesammte Deutschland geleistet. Die Berliner Genossen handeln wirklich vorbildlich für die übrigen Genossen in Deutschland. (Bravo!) Wenn wir in der Lage waren, Unterstützungen für die Gemaßregelten und Verfolgten in großem Umfange zu gewähren, wenn wir die Agitation in die entferntesten Gegenden tragen konnten, so verdanken wir dies zu einem großen Theile der Opferfreudigkeit der Berliner Genossen. Möge ihr Beispiel Nachahmung finden, damit die Liste der Parteiorte, die Beiträge an die Zentralkasse einsenden, nicht immer mehr zusammenschrumpft.

Nun noch einige Angaben über den Stand der **Parteipresse.**

Soweit die täglich erscheinenden Partei-Organe in Betracht kommen, ist eine sehr erfreuliche Zunahme zu konstatiren. Die täglich erscheinenden Blätter haben jetzt 332 302 Abonnenten, ein Mehr gegen das Vorjahr von 42 302. Dieses Mehr besteht nicht vollständig aus neu gewonnenen Abonnenten. Ein großer Theil Abonnenten ist dadurch hinzugekommen, daß Organe, die dreimal oder zweimal wöchentlich erschienen, Tagesorgane geworden sind. Dem entsprechend hat sich die Zahl der zwei- oder dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter vermindert. Die Jahreseinnahmen der Tagesblätter aus Abonnementsgeldern betrugen 2 257 204 Mk.; aus Inseraten 1 197 709 Mk., zusammen 3 454 913 Mk. Das ist ein Mehr gegen das Vorjahr von stark über einer halben Million. (Bravo!)

Aber das kommt in erster Linie auf die Verschiebungen zurück, die in Folge der Erscheinungsveränderung eingetreten sind. Die dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben gegenwärtig 39 456 Abonnenten, sie haben ca. 22 000 Mk. an die täglich erscheinende Presse abgegeben. An Abonnementsgeldern haben sie eingenommen 141 273 Mk., für Inserate 70 506 Mk., zusammen 211 779 Mk. Die zweimal wöchentlich erscheinenden Blätter haben 14 279 Abonnenten, 44 098 Mk. Abonnementsgelder, 48 251 Mk. Gesammteinnahmen. Die einmal wöchentlich erscheinenden haben selbstverständlich nur geringe Einnahmen. Ihre Abonnentenzahl ist um 3000 gestiegen, hauptsächlich zu Gunsten des „Armen Teufels" in der Lausitz. Ihr gegenwärtiger Abonnentenstand beträgt 14 279, ihre Einnahme aus dem Abonnement 23 871 Mk., ihre Gesammteinnahmen 24 618 Mk. Insgesammt hatte die deutsche Parteipresse im verflossenen Jahre Einnahmen im Betrage von 2 464 946 Mk. aus Abonnements, 1 274 615 für Inserate, zusammen 3 739 561 Mk., gegen das Vorjahr im ganzen 461 598 Mk. mehr. Der Gesammt-Abonnentenstand unserer Presse beträgt augenblicklich gegen 400 000, eine Zunahme gegen das Vorjahr um 21 000—22 000. Davon entfallen als wirklich neue Abonnenten auf die Tagesblätter 16 000, auf die 3 mal wöchentlich erscheinenden Zeitungen 2000 und auf die einmal wöchentlich erscheinenden Zeitungen ca. 3000. Wenn somit der Fortschritt der Parteipresse nicht so günstig gewesen ist, wie im Vorjahre, so ist zu bedenken, daß im vorigen Jahre Reichstagswahlen stattfanden; nach den Wahlen muß man schon sehr zufrieden sein, wenn die Zeitungen ihren Abonnentenstand behaupten; alle haben das nicht vermocht.

Wir werden auch im neuen Jahre alles aufbieten, um unserer Parteipresse immer neue Gebiete zu eröffnen, damit im nächsten Jahre dem Parteitag wieder erfreuliche Mittheilungen über den Stand unserer Parteizeitungen gemacht werden können. (Beifall.)

Meister erstattet den **Bericht der Kontrolleure.** Die Revisionen der Kasse wie beim „Vorwärts", sind regelmäßig erfolgt, auch die Geschäftsführung der Buchhandlung ist auf Wunsch des Besitzers geprüft worden; alles ist in Ordnung befunden worden. Eigentliche Beschwerden sind nicht eingegangen. Die Koburger Angelegenheit konnte von uns nicht erledigt werden, wir mußten es den Koburger Genossen selbst überlassen. Eine in letzter Stunde aus Bielefeld eingegangene Angelegenheit persönlicher Natur werden wir wohl gleichfalls an die Bielefelder zurückverweisen müssen. Für uns Kontrolleure war das letzverflossene Geschäftsjahr ein durchaus erfreuliches Zeugniß. Ich beantrage Decharge für den Gesammt-Vorstand.

Es erfolgt nunmehr die Diskussion zum allgemeinen Theil.

Ledebour-Dresden-Land: vertheidigt den Dresdener Antrag betreffend die Nichtregistrirung des Löbtauer Urtheils. Der gute Glaube des Vorstandes ist

nicht bezweifelt worden. So scharf die Meinungen in den verschiedenen Fragen auseinandergehen, wollen wir uns überhaupt immer den guten Glauben beimessen. Aber wir halten das Verhalten des Partei-Vorstandes in diesem Falle für einen schweren Mißgriff, der nothwendig einer Reparatur bedarf. Auf die Hauptsache ist Auer heute nicht eingegangen. Urtheile sind registrirt worden, die mit unserer Parteibewegung in gar keinem Zusammenhang stehen, auch Urtheile wegen anarchistischer Vergehen. Es gehören in diese Liste alle Urtheile, die den Stempel von Klassenurtheilen tragen, und zwar, wie ich im Gegensatz zu Auer erkläre, nur Verurtheilungen von Proletariern und keinesfalls Freisprechungen. Unsere Parteibewegung, so groß und mächtig und maßgebend sie ist, sie ist doch nur ein Theil der großen proletarischen Emanzipationsbewegung überhaupt. Die Gewerkschaftsbewegung kommt ihr an Bedeutung nahe, die Urtheile, die aus gewerkschaftlichen Kämpfen resultiren, gehören selbstverständlich in die Liste. Aber das genügt noch nicht, sondern alle Verurtheilungen, die im weitesten Sinne sich beziehen auf Konflikte, die aus Arbeitsbeziehungen hervorgehen, müssen registrirt werden. Die Löbtauer Verurtheilung war die erste großen Stiles unter dem Zuchthauskurs, unter dem Schatten, den die Zuchthausvorlage vorauswarf. Ein Schrei der Entrüstung ging durch das Proletariat der ganzen Welt. Niemals hat ein Urtheil eine solche spontane allgemeine Empörung hervorgerufen. Von den Verurtheilten waren 7 gewerkschaftlich, 2 politisch organisirt. Aber selbst wenn es bei keinem der Fall gewesen wäre, so hätte das Urtheil für uns und die ganze Welt ganz dieselbe Bedeutung. Die Bedeutung wird ihm aufgeprägt durch die Auffassung des Gerichts, das die ganze Emanzipationsbewegung des Proletariats treffen wollte. Eine einfache Postkarte hätte genügt, sagt Auer, um die Frage der Registrirung schiedlich friedlich zu erledigen. Ja, haben wir denn sofort losgeschlagen? Wir haben zuerst eine ganz ruhige Anfrage gestellt. Erst die Rechtfertigungsschrift des Vorstandes, die dann im „Vorwärts“ erschien, hat die Frage zu einer politischen Aktion ersten Ranges gemacht. Mit der Sympathiebewegung, mit der Geldsammlung für die Löbtauer Opfer hat der Vorstand nur einer allgemeinen Menschenpflicht genügt. Aber nackt und dürr wird in der Rechtfertigungsschrift ausgesprochen: die Fortlassung ist deshalb erfolgt, weil durch die Aufnahme der Verurtheilten in die Liste der Klassenkampfopfer den Scharfmachern ein Anlaß gegeben würde, uns zu verleumden und zu verdächtigen, und dazu wollte man die Hand nicht bieten. Der Vorstand erklärt sich zum Schluß „wenig geneigt, die Strafthaten zu beschönigen oder gar mit der Parteibewegung im Zusammenhang erscheinen zu lassen“. Die Strafthaten beschönigt haben wir in keinem Falle, wo wir eine Registrirung vornahmen. Ich behaupte, mit einiger Vorsicht ließen sich nahezu alle Strafthaten vermeiden. Aber die Proletarier, die durch die Aktion unserer Gegner in den Klassenkampf hineingedrängt werden, sind nicht so erfahrene Leute, daß sie jeden Konflikt mit dem Gesetze zu vermeiden wüßten. Wir machen ja jetzt täglich diese Erfahrung in Dresden, dieser Probierstube der deutschen Klassenjustiz, bei den Verurtheilungen wegen Streikvergehen.

Was nun den Löbtauer Fall anlangt, so haben mir erfahrene Männer, Gewerkschaftler gesagt: „Wenn ich dabei gewesen wäre, dann hätte auch ich, als der Mann geschossen hatte, mitgeprügelt und säße jetzt im Zuchthause.“ Es handelt sich bei dem Löbtauer Fall unstreitig um einen Exzeß, um einen Uebergriff, den wir nicht billigen, um einen Verstoß gegen das Gesetz. Weil wir aber beständig ermahnen: laßt Euch nicht provozieren, dürfen wir doch nicht die Hand von denen abziehen, die unter die zermalmenden Räder des Dschaggernautkarrens der Klassenjustiz gerathen. Mit dem proletarischen Emanzipationskampf steht die Löbtauer Verurtheilung zweifellos in Zusammenhang. Wie ist nun der Vorstand zu der Ansicht gelangt, die ich eben zitirt habe . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Singer: Ich muß den Redner unterbrechen. Ich habe ihm statt 10 Minuten 20 Minuten Redezeit gewährt, weil er als Begründer eines Antrages gelten kann. Diese 20 Minuten hat der Redner aber auch bereits überschritten, und ich bitte ihn, nunmehr zum Schluß zu kommen.

Ledebour: In der Reichstags-Sitzung am 22. und 23. Februar ist Herr v. Stumm auf den Löbtauer Fall zu sprechen gekommen und hat sich in einer Weise dabei ausgedrückt, daß das, was der Partei-Vorstand gethan, als vollständig beeinflußt durch die Aeußerungen und Drohungen des Freiherrn v. Stumm erscheint. So hat Herr v. Stumm gesagt: „Es wird noch dahin kommen, daß die Löbtauer Verbrecher auf Ihre Ehrentafel gesetzt werden. Wenn Sie die Löbtauer Exzedenten hierzu für würdig erachten, dann können Sie unmöglich behaupten, daß Sie die Exzesse verurtheilen.“ Die „Ehrentafel“ ist eine Stummsche Perfidie. Auf unserer Ehrentafel stehen andere Namen. Zweifellos handelt es sich aber um eine Opfertafel. Als Stumm diese Aeußerung that, klang ihm aus der Fraktion eine bejahende Antwort heraus. Ja, wir werden sie auf die Tafel setzen, hieß es. Das war die einzige würdige Antwort auf diese Drohungen. Die Genossen, die dies „Ja“ riefen, sie brachten im besten Sinne das Empfinden der Partei zum Ausdruck! (Sehr richtig.) Nachher erst kam der klügelnde Partei-Vorstand und sagte: „Aha! Das soll gegen uns ausgebeutet werden. Da wollen wir es lieber weglassen.“ Die Erklärung des Partei-Vorstandes ist die direkte Folge der Drohung des Herrn von Stumm . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Der Parteitag wird mir die unangenehme Empfindung nachfühlen, wenn ich den Redner nunmehr unterbrechen muß. Selbstverständlich möchte ich nicht den Eindruck erwecken, als könnten Angriffe gegen den Partei-Vorstand hier nicht im vollsten Umfange zu Wort gelangen. Andererseits aber bin ich hier, um die Geschäftsordnung zu wahren. (Sehr richtig!) Ich muß also nunmehr den Redner bitten, abzubrechen.

Ledebour: Gewiß! Also Genossen . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Ich muß Sie nochmals bitten abzubrechen.

Ledebour: Ich muß aber doch noch die Resolution vorlesen.

Singer: Die Resolution ist doch gedruckt.

Ledebour: Nein, ich habe eine andere Resolution ausgearbeitet.

Singer: Ich muß Sie bitten, von Ihrem Rechte Gebrauch zu machen und sich zum zweitenmal zum Wort zu melden.

Fischer-Sachsen spricht gleichfalls zu dem zweiten Antrage. Ein großer Theil, wenn nicht der größte Theil der Genossen des 6. sächsischen Wahlkreises, ist mit diesem Antrag nicht einverstanden. (Zustimmung.) Sie verurtheilen fast einstimmig, daß der Partei-Vorstand die Verurtheilung der Löbtauer Bauarbeiter nicht aufgenommen hat, aber sie sind der Meinung, daß man dem Partei-Vorstande in dieser Frage das Recht seiner Meinung lassen müsse, und es damit, daß man dem Partei-Vorstand seine entgegengesetzte Meinung entgegenhalte, genüge; sie mißbilligen den Spektakel, den man mit dieser Frage gemacht hat; sie meinen, daß man den Verurtheilten und der Partei damit einen schlechten Dienst geleistet hat; sie verurtheilen es, daß man die Sache jetzt auf die Spitze getrieben hat. Ich ersuche um Ablehnung der Anträge.

Knappe-Stettin spricht ebenfalls gegen die Anträge. Ein Freispruch gegen Besitzende kann als Klassenurtheil dieselbe Erregung hervorrufen wie die Verurtheilung eines Proletariers. Ein Klassenurtheil ist es auch, wenn ein Dienstmädchen verurtheilt wird, weil es wegen Mißhandlung den Dienst verlassen hat. Nach dem von Auer dargelegten Zwecke der Liste ist die Richtaufnahme der Löbtauer zu Recht erfolgt. Die Arbeiter darüber zu belehren, wie sie sich in einem Falle wie auf dem Löbtauer Bauplatze zu verhalten haben, ist weit wichtiger. Die Richter in Sachsen haben schon vor dem Zuchthauskurs ihre Klassenjustiz uns stets vor Augen geführt, dazu hätte es des Löbtauer Falles

nicht erst bedurft. Im eigentlichen Zusammenhang mit unserer Klassenbewegung steht dieses nicht.

Sindermann-Dresden: Die Motive, die die Genossen von Dresden-Altstadt veranlaßt haben, ihre Resolution zu stellen, sind jetzt nicht mehr vorhanden. Wäre der Parteibericht 14 Tage früher erschienen, so wäre sie wohl gar nicht gefaßt worden. Denn die nachträgliche Registrirung im Parteibericht ist weit wirksamer als im Monatskurse. Ich ziehe also die Resolution zurück. Etwas anderes ist aber die Art und Weise, wie Auer das Verhalten des Vorstandes motivirt hat. Es ist entschieden zurückzuweisen, daß das Löbtauer Urtheil mit unserer Parteibewegung nicht im Zusammenhang stände. Das Urtheil ist ergangen im Kampfe ums Brot. In Zukunft müssen solche Urtheile jedenfalls registrirt werden.

Ostkamp-Essen: Der Fall Lütgenau kann nicht durch Schweigen abgethan werden. Der Partei-Vorstand muß erklären, weshalb man Lütgenau beiseite geschoben hat. Wenn es auch lange bereits Zeit war, ihn zu entfernen, so muß man doch über die Gründe Auskunft geben. Wir sind nicht eine Herde willenloser Schafe. Der Partei-Vorstand muß reden, wenn nicht in der rückständigen Ruhrgegend unsere Bewegung noch mehr zurückgehen soll. Der Fall Lütgenau giebt unseren Gegnern die besten Waffen; der Partei-Vorstand hat im Ruhrbecken geradezu an Ansehen verloren. Man schickt uns Leute aus Berlin, die wir nicht haben wollen, und hält sie dann so lange, bis es nicht länger geht.

Täterow-Berlin: Die Registrirungsangelegenheit könnte jetzt erledigt sein. Um die praktische Nutzanwendung zu ziehen, beantrage ich, in Zukunft neben der Rubrik: „Unter dem neuesten Kurs" noch eine weitere Rubrik zu führen: „Unter dem Zuchthauskurs" und die Registrirung mit dem Löbtauer Fall zu beginnen, sowie unter diesem Titel alle Verurtheilungen zu verzeichnen, die nicht direkt mit der politischen Bewegung im Zusammenhang stehen. Sie werden damit der proletarischen Bewegung einen großen Dienst leisten.

Winterburg-Krefeld: Wenn in dem Bericht des Partei-Vorstandes bei der Besprechung des Krefelder Weberstreiks gesagt ist, daß die Krefelder Weber in ihrer großen Mehrheit der katholischen Organisation angehören, so ist das nicht richtig. Etwa 45 Proz. von ihnen gehören zum Textilarbeiterverband und 45 Proz. zum kürzlich neu begründeten paritätischen niederrheinischen Weberverband. Die niederrheinischen Weber, die früher die getreuesten Schildknappen des Zentrums waren, kommen immer mehr zu der Erkenntniß, daß die Sozialdemokraten ihre Vorkämpfer sind. Die Miniearbeit, die das Fachblatt betreibt, wird bei der nächsten Reichstagswahl herrliche Früchte zeigen.

Ledebour (Dresden): Die Aeußerungen der Vorredner haben nur dazu gedient, die Nothwendigkeit unseres Antrags zu betonen. Besonders Genosse Knappe hat versucht, uns moralische Vorlesungen darüber zu halten, daß der Löbtauer Fall hätte vermieden werden können. Ja, vermeiden läßt sich fast Alles, wie ich bereits vorher ausgeführt habe, aber das ist doch kein Grund, derartige Urtheile nicht als Klassenkampf-Urtheile zu registriren. Ferner hat Genosse Fischer im Namen irgend welcher anonymen Parteimitglieder des 6. sächsischen Wahlkreises Widerspruch gegen den Antrag erhoben. Daß Fischer damit nicht einverstanden ist, wundert mich nicht, ich bestreite auch gar nicht, daß es in dem großen Wahlkreise eine Anzahl von Leuten giebt, die sich gegen den Antrag ausgesprochen haben. Aber ich bin fest überzeugt, wenn ich oder andere Vertreter des Antrages nur Gelegenheit hätten, in allen Orten des Kreises zu den Leuten zu sprechen, so würden auch diese anonymen Parteimitglieder in derselben Weise dafür stimmen, wie die offizielle Parteiversammlung. Genosse Sindermann hat den Antrag zurückgezogen. Es scheint leider eine spezielle Sindermannsche Krankheit zu sein, daß er immer Resolutionen einbringt und nachher wieder zurückzieht. So hat er es auf der sächsischen Landesversammlung

auch gemacht. Die Zurückziehung des Antrags ist durchaus ungerechtfertigt, und es sollte mich doch sehr wundern, wenn die Parteigenossen von Dresden-Altstadt ihm nicht gehörig den Kopf dafür waschen würden. Das ist nicht die Art und Weise, wie man eine Sache verficht.

Der Antrag Täterow will einen ganz unglücklichen Ausgang schaffen. Würden wir zwei Register anlegen, so würde das zu einer heillosen Konfusion führen. Entweder man subsummirt Alles, was zu den Opfern des Klassenkampfes gehört, unter diese Rubrik, oder man verzichtet überhaupt darauf. Ich habe deshalb den Antrag 39 modifizirt und in Antrag 55 eingebracht.

Gestatten Sie mir noch wenige Worte zur Erläuterung. Wir verlangen die Aufnahme aller Urtheile, die aus Arbeitskonflikten erwachsen, auch wenn eine Gewerkschaft nicht offiziell in Aktion tritt. Nehmen Sie meinen Antrag an und geben Sie damit dem Partei-Vorstande eine bestimmte Direktive für die Zukunft. Das liegt im Interesse unserer gesammten Bewegung, denn wir haben nicht nur die organisirten Arbeiter zu unterstützen, sondern wir haben die Pflicht, unsere schützende Hand zu halten über das gesammte Proletariat. Wir müssen die Leute selbstverständlich erziehen, aber wir dürfen sie nicht von unseren Rockschößen abschütteln, weil sie vielleicht nicht das nöthige Urtheil haben und gegen die Gesetze verstoßen. Wir müssen uns als die ideelle Vertretung des gesammten Proletariats fühlen, damit jeder Proletarier sich sagt: Wenn ich mißhandelt werde von Unternehmern, wenn ich unterdrückt werde von Behörden, wenn ich schwer von den Gerichten verurtheilt werde, so weiß ich, daß es eine Organisation giebt, die mich schützt. Dies ideelle Moment hat Auer nicht erwähnt und, wie ich fürchte, in dem Löbtauer Falle nicht nachgefühlt. Ich bitte Sie nochmals, meinen Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Inzwischen ist folgender Antrag Thiele-Halle eingelaufen:

Unter Ablehnung der Resolution Nr. 39 beschließt der Parteitag: Die monatlich zu veröffentlichende Liste der zur Kenntniß kommenden Bestrafungen hat sich auf die Verurtheilungen in parteipolitischen und gewerkschaftlichen Prozessen zu erstrecken. Aufzunehmen sind in gewerkschaftlichen Prozessen alle Urtheile, zu denen das Delikt durch Beachtung und Verfolgung der von den Gewerkschaften anerkannten Forderungen sich ergeben hat. Die Ueberschrift „Unterm neuesten Kurs" ist zu ersetzen durch „Opfertafel im proletarischen Klassenkampf".

Auer: Mit dem Antrag Ledebour wird ein ganz neues Gebiet betreten. (Sehr richtig!) Wir, die sozialdemokratische Partei, haben uns wohl nie als etwas anderes gefühlt als die politische Vertretung des gesammten Proletariats; insofern wiederholt der Antrag Ledebour etwas Selbstverständliches. Er läßt aber den konkreten Fall, um den es sich handelt, außer acht. Wenn wir die Wege, die er uns weisen will, betreten, wird es in Zukunft außerordentlich schwer halten, eine Liste des neuesten Kurses zu veröffentlichen. Was heißt es denn, wir sollen unsere schützende Hand über das Proletariat halten? Das ist doch sicher: mehr als 90 Proz. aller Verurtheilungen von Proletariern haben ihren Untergrund in der unglücklichen gesellschaftlichen Stellung des Proletariats. (Sehr richtig!) Wir würden mit der Ledebourschen Weisung in ein Chaos gerathen, aus dem ich nicht mehr heraus wüßte. Ich habe Ihnen ja gesagt: Schaffen Sie eine neue Unterlage, wenn es Ihnen möglich ist, für die Neue-Kurs-Liste; es wird Ihnen aber außerordentlich schwer fallen, und die Vorschläge, die in der Debatte gemacht sind, halte ich nicht für genügend. Ich habe auch zu dem zukünftigen Partei-Vorstand das Vertrauen, daß, wenn Sie ihm neue Weisungen geben, er sie nach bestem Wissen und Können zur Ausführung bringen wird, aber verlangen Sie nichts Unmögliches.

Ledebour erklärt nun, in der Erklärung des Partei-Vorstandes liege eine Verleugnung, ein Abschütteln der Verurtheilten von den Rockschößen der

Partei. Ich mache da auf die interessante Thatsache aufmerksam, daß wir in unserer angefochtenen Aeußerung eigentlich garnichts anderes gethan haben, als den Weisungen Ledebours selbst zu folgen. (Sehr richtig!). Ich habe in Voraussicht der Dinge, die kommen würden, mir die Mühe genommen, das betreffende Quartal der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" durchzusehen. Da heißt es denn unter dem frischen Eindrucke des Löbtauer Urtheils in Nummer 157 vom 10. Juli 1898: „Von einem sozialdemokratischen Krawall zu faseln, ist ebenso dumm wie frech. Die Hineinziehung unserer Partei hat nur den Zweck, die Bauarbeiter hineinzulegen und Behörden und Richter gegen sie aufzustacheln." In Nummer 159: Die Handlungen der bei dem Exzeß betheiligten Personen, die wir übrigens durchaus nicht billigen wollen, erscheint in einem weniger dunkeln Licht —, je mehr der eigentliche Veranstalter, der Bauführer Klemm bekannt wird." Und dann wird gesagt: „Der durch die Schießerei des Bauführers hervorgerufene Vorfall wird, um die daran betheiligten Arbeiter möglichst anzuschwärzen, als ein von organisirten Arbeitern eingeleiteter sozialdemokratischer Akt hingestellt" —; weiter: Nur im Interesse der bedauernswerthen Arbeiter, die sich durch die brutale Schießerei zu Ausschreitungen verleiten ließen, wollen wir darauf hinweisen, daß die Prügelei mit der Bauarbeiterorganisation und Sozialdemokratie nichts zu thun hat." Und so ging es weiter und weiter: immer das Bestreben, die Vorgänge von der Sozialdemokratie abzuwehren, sie als solche hinzustellen, die mit der Arbeiterbewegung nichts zu thun haben. Daran hat die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" festgehalten vom ersten Augenblick an, und genau auf derselben Linie bewegt sich auch die Ausführung, die jetzt den Zorn Ledebours erregt. Wir haben jene Handlungen uns nicht von den Rockschößen abzuschütteln gehabt, weil sie nie mit der Gewerkschafts- und der sozialdemokratischen Bewegung einen Zusammenhang gehabt haben. Wir haben aber auch den Prozeß und das Urtheil nie als etwas anderes darzustellen versucht, als es Ledebour selbst gethan hat: als den Ausfluß einer Voreingenommenheit, Engherzigkeit und Widerwilligkeit gegen die Arbeiterbewegung im Allgemeinen. Daß das Dresdener Urtheil den Charakter der Klassenjustiz an der Stirn trägt, daran haben wir nie im geringsten gezweifelt, und alle diese Ausführungen der Entrüstung über das Urtheil haben mit unserer Stellung selber garnichts zu thun; wir haben sie getheilt, ehe wir erfuhren, daß Ledebour nach dieser Richtung hin vollständig einer Meinung mit uns ist. Aber was wir auseinander halten, was auch von unseren Fraktionsrednern im Reichstag haarscharf geschehen ist, das ist das, daß dieser Krawall nicht in irgend einem Zusammenhang mit der klassenbewußten Arbeiterbewegung steht, sondern eine Erscheinung ist, die wir tief bedauern und die in Zukunft unmöglich zu machen gerade mit zu den Aufgaben unserer klassenbewußten Arbeiterbewegung gehört. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist der Standpunkt, den wir eingenommen haben, auf Grund des Herkommens, in den Absichten, aus denen die Liste des Neuen Kurses geschaffen worden ist. Ich wiederhole. Reicht die bisherige Umschreibung nicht aus, wollen Sie eine neue Basis schaffen, thun Sie es, aber ein Recht, dem Partei-Vorstand einen Vorwurf zu machen, bestreite ich unter allen Umständen.

Der Antrag Täterow, auf den ich weiter nicht eingehe, ist wohl nicht besonders glücklich ausgefallen.

Ueber den Fall Lütgenau Namens des Partei-Vorstandes zu sprechen habe ich eine Autorisation noch nicht erhalten. Daher gebe ich jetzt nur eine kurze Erklärung ab. Lütgenau hat im Laufe der letzten Monate erklärt, daß er den Partei-Vorstand auf der Westfälischen Provinzial-Konferenz in Schwelm, die ja inzwischen stattgefunden hat, zur Verantwortung ziehen werde. Uns war es nicht möglich, auf der Schwelmer Konferenz uns vertreten zu lassen; das wußten wir schon früher und daher gaben wir durch den „Vorwärts" öffentlich die Erklärung ab, daß wir keinen Anlaß hätten, auf der Schwelmer Konferenz uns

mit Lütgenau auseinanderzusetzen; daß, wenn Lütgenau durch die Handlungen des Partei-Vorstandes ihm gegenüber sich beschwert fühle, es sein Recht sei, sich mit seinen Beschwerden an den Parteitag in Hannover zu wenden, dort würden wir ihm Rede und Antwort stehen. Soweit ich bis jetzt unterrichtet bin, ist seitens Lütgenaus eine Beschwerde nicht eingegangen. Wenn aber Ostkamp, wie ich gern zugebe, im Interesse der Bewegung des Ruhrbeckens, nähere Aufklärungen über den Fall Lütgenau wünscht, so sind wir — ich glaube hier namens des Partei-Vorstandes sprechen zu können, gern bereit, diese Aufklärungen zu geben. Ich glaube aber dann gleich beifügen zu dürfen, daß wir auch in diesem Falle es halten werden, wie bisher in allen solchen Fällen, daß es das beste ist, wenn die Verhandlungen vorher in einer Neuner-Kommission geführt werden und es dieser überlassen bleibt, was sie dem Parteitag mitzuteilen für nothwendig hält. (Zustimmung.) Es geschieht das wirklich nicht im Interesse des Partei-Vorstandes, der kann mit ganz offenen Karten spielen, davon können Sie überzeugt sein; es ist Lütgenau kein Unrecht geschehen. Es ist auch nicht richtig, wie Ostkamp meint, daß wir, weil wir in Berlin Lütgenau nicht mehr haben wollten, ihn nach der Provinz geschickt hätten. Das wäre ein sehr schiefes Experiment. Heiterkeit.) Wenn alle Parteigenossen, die dem Partei-Vorstand in Berlin unbequem werden könnten, nach der Provinz geschickt würden, da möchte die Provinz vielleicht unter Umständen einmal Zeter und Mordio schreien (Heiterkeit). Lütgenau ist in die Provinz gegangen mit seiner Zustimmung und auf unsere Anregung, weil wir glaubten, daß er dort gut wirken könne, und er hat auch eine Zeitlang zweifellos sehr gut gewirkt, und wir sind es, die nur allzusehr bedauern müssen, daß dieses gute Verhältniß nicht immer so geblieben ist. Aber ausschließlich im Interesse Lütgenaus selber liegt es, wenn die Angelegenheit erst in der Neunerkommission erledigt wird. (Bebel: Sehr richtig!)

Wenn dem Verfasser des Berichts insofern ein Irrthum untergelaufen ist, als er voraussetzte, daß in der niederrheinischen Weberbewegung die Mehrzahl der Betheiligten Anhänger der katholischen Arbeiterrichtung sind, und wir im Partei-Vorstand über diese Verhältnisse nicht so unterrichtet sind, so tragen vielleicht einen kleinen Theil der Schuld daran die niederrheinischen Genossen selber, die zu schweigsam gewesen sind. (Beifall.)

Fleißner-Dresden: Nur einige Worte gegen den Genossen Ledebour. Er befindet sich im Irrthum, wenn er glaubt, daß sein Antrag die Stimmung der Genossen des 6. sächsischen Wahlkreises widergiebt. Die Genossen halten es vielleicht für einen Fehler, daß das Urtheil nicht in die Liste aufgenommen ist, aber sie halten die Sache für durchaus nicht so tragisch. Hätte man die Geschichte nicht so sehr in der Presse und in Versammlungen aufgebauscht, so brauchten wir uns überhaupt nicht darüber heute zu unterhalten. Wir sind mit dem Vorgehen der Reichstagsfraktion völlig einverstanden und machen dem Partei-Vorstande keineswegs den Vorwurf des Opportunismus. Irgend einen der gestellten Anträge anzunehmen, ist überflüssig. Ich betone nochmals mit Rücksicht auf die illegale Art, wie der Antrag zu stande gekommen ist, daß er nicht die Zustimmung der Genossen des 6. sächsischen Kreises widerspiegelt.

Beyer-Leipzig: Es wäre zweckmäßig, wenn der Rechenschaftsbericht des Vorstandes früher erscheint, damit in den Parteiversammlungen darauf bereits zurückgegriffen werden kann. Was den Löbtauer Fall betrifft, so ist es für mich klar, daß es sich dabei um die Verkürzung der Arbeitszeit handelte, daß er also mit den Forderungen des Proletariats in Zusammenhang steht. Wenn er nicht registrirt ist, so ist das allerdings kein Unglück.

Hierauf wird die Debatte abgebrochen. Persönlich bemerkt

Sindermann: Wenn Ledebour es als eine Sindermannsche Krankheit bezeichnet, Anträge einzubringen und wieder zurückzuziehen, so bemerke ich, daß er eine andere Krankheit hat, nämlich in allen Versammlungen durch Phrasen-

schwulst Vertrauensvoten sich zu verschaffen. Ich fürchte nur, daß ihn diese Fülle der Vertrauensvoten mal erdrückt. (Heiterkeit.)

Ledebour (persönlich): Daß Genosse Sindermann den freundlichen Wunsch hegt, daß ich erdrückt werde, wundert mich nicht. Es sind sehr viele Leute, die das wünschen. (Glocke des Vorsitzenden.) Bisher sind alle (Glocke des Vorsitzenden) derartigen Versuche (Glocke des Vorsitzenden) gescheitert. (Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Vor allem möchte ich den Redner bitten, wenn geläutet wird, das Reden zu unterlassen. Ich wollte Ihnen bemerken: die Auseinandersetzungen, die Sie mit anderen Genossen gehabt haben, gehören nicht in eine persönliche Bemerkung auf Sindermann.

Die weitere Debatte wird auf die Nachmittagssitzung vertagt.

Sydow-Frankfurt, der zum Schriftführer gewählt war, ist nicht anwesend. (Heiterkeit.) An seiner Stelle wird Trompeter-Frankfurt a. M. gewählt.

Auf Vorschlag Singers wird die Mandatsprüfungs-Kommission als Neunerkommission bestellt und ihr außer dem Fall Lütgenau die Beschwerden aus Koburg, Bielefeld und eine soeben aus Hamburg von Weindorf eingegangene überwiesen.

Eine Reihe Begrüßungsschreiben sind eingegangen. Schluß 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion über den **Bericht des Vorstandes** wird fortgesetzt.

Braune-Dresden: Im Auftrage der Mehrheit der sozialdemokratischen Partei des vierten sächsischen Wahlkreises habe ich zu erkären, daß sie mit dem Verhalten des Vorstandes in Bezug auf die Nichtregistrirung des Löbtauer Urtheils nicht einverstanden ist. Indessen halten wir die Angelegenheit für erledigt und befürworten den Antrag 55 zur Annahme.

Ledebour: Auer hat als vorzüglicher Taktiker der Partei als Reservegeschütz aus unserer „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" Zitate vorgebracht, aus denen er folgern wollte, daß der Partei-Vorstand nur meine Anweisungen befolgt habe. Zufällig habe ich jene Artikel gerade nicht geschrieben, aber ich unterschreibe sie vollkommen. Aber das hat nichts damit zu thun, daß wir die Löbtauer hineinhaben wollen in die Liste der Klassenkampfopfer; es gehört da jedes Urtheil hinein, was gegen Proletarier infolge politischer Bethätigung, infolge von Arbeitskonflikten gefällt ist. Ich habe die mildeste Form des Tadels gewählt, aber ein Tadel muß ausgesprochen werden. Wer einen Fehler macht, dem wird der Kopf gewaschen, dem Partei-Vorstand ebenso wie jedem anderen von uns. Auf dem Tadel muß ich unbedingt bestehen, es ist das nothwendig im Interesse der Klärung der Sache. Nehmen Sie meine Resolution in ihrer jetzigen Fassung an, die ein für allemal die nöthige Direktive giebt und deutlich genug ist; Fälle z. B. wie der Fall Ziethen werden davon nicht betroffen.

Knappe-Stettin: Ich beantrage: Der Parteitag beschließt, unter der Rubrik „Neuer Kurs" sind nur Verurtheilungen aus der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu verzeichnen." Das erreicht dieselbe Absicht, wie Ledebours Resolution; die Tafel wird dann nicht zu umfangreich und dem Sinn ihrer Einführung, zu zeigen, daß auch nach dem Falle des Sozialistengesetzes gegen die Arbeiterschaft in rigoroser Weise vorgegangen wird, wird entsprochen. Es muß doch einmal ausgesprochen werden: noch weit mehr als solche Leute, die, wenn sie auch durch harte Gerichtsurtheile betroffen werden, nicht immer gerade für die Interessen unserer Partei thätig gewesen sind, verdienen die als Märtyrer bezeichnet zu werden, die im Dienste der Partei von Werkstatt zu Werkstatt getrieben werden, wirthschaftlich ruinirt dastehen und trotzdem ihr ganzes Sein der proletarischen Bewegung widmen.

Der Antrag Knappes wird nicht ausreichend unterstützt. Die Diskussion zum Vorstandsbericht im allgemeinen schließt hiermit, zum Kassen- und Presse-Bericht wird das Wort nicht verlangt.

Das Schlußwort erhält

Auer: Sie werden es mir wohl nicht übel nehmen, wenn ich auf den Löbtauer Fall nicht mehr eingehe. Wenn ich noch einen Wunsch aussprechen darf, so geht er dahin, sämmtliche vorliegenden Anträge abzulehnen und dem zukünftigen Partei-Vorstande das Vertrauen entgegenzubringen, daß er aus der Debatte die nothwendigen Konsequenzen zieht. Der Wunsch des Genossen Beyer, in Zukunft den Bericht der Parteileitung früher zu veröffentlichen, läßt sich nicht erfüllen, denn wir müßten sonst unsere Parteigeschäfte sehr viel früher abschließen als bisher. Ich glaube aber, daß sich da auch beim besten Willen keine Aenderung treffen läßt. Die Praxis hat gelehrt, daß wir das Parteijahr ultimo August abschließen müssen. Zwischen Abschluß und Veröffentlichung des Kassenberichts müssen mindestens 14 Tage liegen. Diesen Zeitraum haben wir auch heuer eingehalten, wir haben den Bericht so rasch als es nur möglich war, veröffentlicht. Ich spreche zum Schluß den Wunsch aus, daß die Parteigenossen selbst die Verwaltung der Partei dadurch unterstützen, daß sie unseren Aufforderungen bezüglich Anmeldung der Delegierten und der Einreichung von Anträgen u. s. w. rechtzeitig nachkommen. Es macht sich doch etwas sehr eigenthümlich, wenn im Organ von Halle die bittere Bemerkung erscheint: Na endlich werden die Anträge zum Parteitag veröffentlicht! — und eine Woche nach diesem Stoßseufzer kommt Halle mit seinem eigenen Antrag heraus. (Große Heiterkeit. Also befleißigen Sie sich einer etwas größeren Pünktlichkeit und Schnelligkeit in diesen Dingen, dann wird es mit Gottes Hilfe schon besser werden. (Heiterkeit.)

Das Schlußwort zum Kassen- und Kontroleurbericht wird nicht gewünscht. Dem Partei-Vorstand wird die beantragte Entlastung ertheilt.

Antrag 87 ist zurückgezogen; Antrag 89 ist abgeändert in den Antrag Ledebour (Nr. 55).

Die Anträge 55 und 57 werden **abgelehnt**, desgleichen der Antrag Thiele, Nr. 58.

Damit ist Punkt 2 und 3 der Tagesordnung erledigt.

Den **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit** erstattet **Hoch**.

Hierzu gehören die Anträge 34—37, 54 und 59.

Hoch: In dem Ihnen vorliegenden gedruckten Bericht finden Sie ein vollständiges Bild von den parlamentarischen Kämpfen des letzten Jahres, alle unsere Anregungen und förmlichen Anträge sind mitgetheilt, durch die wir den Interessen der Arbeiterschaft am besten zu dienen glaubten. Bis auf die Frage der paritätischen Arbeitsnachweise sind wir nur der bisher uns vorgeschriebenen Taktik gefolgt, aber auch in dieser Frage ist unsere Taktik nachträglich von den Parteigenossen gebilligt worden. Betrachten Sie die Thätigkeit der Fraktion im ganzen, so werden Sie finden, daß wir uns zwei Strömungen in den Kreisen unserer Gegner gegenüber befinden. Die sozialen Mißstände zwingen mehr und mehr die herrschende Klasse, von unseren Forderungen ein kleines Stückchen nach dem anderen als berechtigt anzuerkennen und die sozialpolitische Gesetzgebung in diesem Sinne auszuflicken; so kamen die von uns als Verbesserungen, wenn auch nur als schwächliche und unzureichende Verbesserungen anzuerkennenden Vorschläge der Regierungen, wie solche in der Novelle zur Gewerbe-Ordnung und zur Invalidenversicherung enthalten sind. Daher auch die verschiedenen dementsprechenden sozialpolitischen Anträge der bürgerlichen Parteien. Zugleich jedoch wird die sehr kleine, aber einflußreiche Clique der Junker und Großkapitalisten aus Furcht vor der Sozialdemokratie immer wieder zu dem Versuche getrieben, die Arbeiterbewegung mit Gewalt zu vernichten. Mit diesen beiden Richtungen mußten wir rechnen. Wir traten einmal für einen weiteren Ausbau der